

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
Erstes Kapitel: Einleitung	27
I. Einführung	27
II. Untersuchungsgegenstand	28
III. Zielsetzung dieser Arbeit	36
IV. Gang der Untersuchung	38
Zweites Kapitel: Bestandsaufnahme der Rechtsprechung (status quo)	41
I. Rechtsprechungsübersicht zu den der Durchsetzungssperre unterliegenden Ansprüchen	41
II. Ausnahmen von der Durchsetzungssperre	67
Drittes Kapitel: Dogmatische Herleitung der Durchsetzungssperre	84
I. Gesetzliche Regelungen des BGB zur Liquidation von Gesellschaften	84
II. Spezialgesetzliche Regelungen des HGB zur Liquidation von Personenhandelsgesellschaften	94
III. Meinungsstand zu möglichen Rechtsgrundlagen	104
IV. Eigener Ansatz: Analoge Anwendung von § 155 Absatz 1 HGB iVm § 735 Satz 1 BGB als dogmatische Grundlage der Durchsetzungssperre	121
Viertes Kapitel: Sinn und Zweck der Durchsetzungssperre	125
I. Hauptargument: Vermeidung der Gefahr von sogenannten Hin- und Herzählungen	125
II. Einheitlichkeit der Auseinandersetzung	127
III. Vereinfachung der Auseinandersetzung	129
IV. Gläubigerschutz als Zweck der Durchsetzungssperre?	130
V. Gesellschafterschutz	138
VI. Zwischenergebnis	140

Fünftes Kapitel: Anwendungsbereich der Durchsetzungssperre	142
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Durchsetzungssperre	142
II. Persönlicher Anwendungsbereich – notwendige Parteien des Rechtsstreits	154
III. Zeitlicher Anwendungsbereich der Durchsetzungssperre	164
IV. Definition der Ansprüche, die der Durchsetzungssperre unterfallen	168
V. Ausnahmen von der Durchsetzungssperre	180
VI. Ergebnis	186
Sechstes Kapitel: Materiellrechtliche Folgen der Durchsetzungssperre	188
I. Herkömmliche Auffassung zu den Rechtsfolgen der Durchsetzungssperre	188
II. Zeitpunkt der Entstehung des Auseinandersetzungsanspruchs	189
III. Zeitpunkt der Fälligkeit des Auseinandersetzungsanspruchs	201
IV. Zinsanspruch auf den Auseinandersetzungsanspruch	206
V. Schicksal der von der Durchsetzungssperre erfassten Einzelansprüche	207
VI. Weitere Folgerungen aus dem Schicksal der Einzelforderungen	214
Siebtens Kapitel: Rechtsnatur der Durchsetzungssperre	225
I. Einleitung	225
II. Einstufung der Durchsetzungssperre als Einwendung	226
Achtes Kapitel: Prozessuale Rechtsfolgen der Durchsetzungssperre	230
I. Durchsetzungssperre als Aspekt der Zulässigkeit oder Begründetheit der Klage?	230
II. Prozessuale Möglichkeiten der Beteiligten während des Eingreifens der Durchsetzungssperre	232
III. Darlegungs- und Beweislast für die Voraussetzungen der geltend gemachten Ansprüche	243
Neuntes Kapitel: Schluss	250
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	250
Literaturverzeichnis	263
Stichwortverzeichnis	277

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Erstes Kapitel: Einleitung	27
I. Einführung	27
II. Untersuchungsgegenstand	28
1. Entwicklung des Grundsatzes der Durchsetzungssperre durch die Rechtsprechung	28
2. Gesetzliche Grundlagen der Liquidation von Personengesellschaften sowie der Folgen des Ausscheidens eines Gesellschafters	30
3. Begriffsbestimmungen	31
a) Auflösung	32
b) Liquidation	33
c) Abwicklung	34
d) Auseinandersetzung	34
e) Vollbeendigung	35
III. Zielsetzung dieser Arbeit	36
1. Aufarbeitung und Einordnung der umfangreichen Rechtsprechung zum Grundsatz der Durchsetzungssperre	36
2. Erarbeitung einer dogmatischen Grundlage des Grundsatzes der Durchsetzungssperre	37
IV. Gang der Untersuchung	38
Zweites Kapitel: Bestandsaufnahme der Rechtsprechung (status quo)	41
I. Rechtsprechungsübersicht zu den der Durchsetzungssperre unterliegenden Ansprüchen	41
1. Gewinnansprüche und Entnahmen	41
a) Gewinnansprüche	41
b) ‚Good will‘	42
c) Ausnahme: Anspruch auf Beteiligung an schwebenden Geschäften, § 740 BGB	42
d) Ausnahme: Mindestbetrag steht schon vor Auseinandersetzungsrechnung fest	43
e) Entnahmen	44

2. Beiträge und Einlageverpflichtungen der Gesellschafter	44
a) Einziehung rückständiger Beiträge zu Gunsten der Gesellschaft	44
b) Ausnahme: Rückständige Beiträge sind erforderlich oder Abwicklung dauert lange	47
c) Rückforderung von Einlagen durch den Gesellschafter	48
d) Nutzungsentschädigung für Einbringung einer Sache quoad usum	49
e) Anspruch auf Vergütung für geleisteten Beitrag	49
f) Sonderfall: Einziehung rückständiger Beiträge von stillen Gesellschaftern	49
g) Nachschusspflicht gemäß § 735 BGB	51
3. Schadensersatzansprüche	51
a) Vertragliche Schadensersatzansprüche	51
aa) Schadensersatzansprüche wegen allgemeiner gesellschaftsvertraglicher Pflichtverletzungen	51
bb) Schadensersatzansprüche wegen schwerwiegender gesellschaftsvertraglicher Pflichtverletzungen	53
b) Schadensersatzanspruch aus deliktischer Haftung	54
c) Vertragsstrafe	55
d) Ausnahme: Schadensersatz, gerichtet auf Befreiung von der Beteiligung an der Gesellschaft	56
e) Sondersituation: Eigener Schadensersatzanspruch des Gesellschafters gegen einen Mitgesellschafter	57
4. Ansprüche gemäß § 426 BGB	58
a) Ausgleichsanspruch gemäß § 426 Absatz 1 BGB	58
b) Anspruch auf Befreiung von der Verbindlichkeit gemäß § 426 Absatz 1 BGB	59
c) Anspruch gemäß § 426 Absatz 2 BGB	59
5. Anspruch auf Schuldbefreiung gemäß § 738 Absatz 1 Satz 2 BGB	60
6. Aufwendungsersatzanspruch gemäß §§ 713, 670 BGB bzw. § 110 HGB	61
7. Vergütung für die Tätigkeit als Geschäftsführer	61
8. Auskehrung von Mietzinsen	62
9. Ansprüche aus Darlehensvertrag	62
a) Ansprüche auf Rückzahlung bereits ausgezahlter Darlehensvaluta	63
aa) Darlehensrückzahlungsanspruch eines ausgeschiedenen Gesellschafters gegen die Gesellschaft	63

bb) Darlehensrückzahlungsanspruch der Gesellschaft gegen einen Gesellschafter	63
cc) Darlehensrückzahlungsanspruch eines Gesellschafters gegen einen Mitgesellschafter	63
b) Anspruch auf Auszahlung der Darlehensvaluta	64
aa) Grundsatz	64
bb) Ausnahme	64
10. Kaufpreisanspruch gemäß § 433 Absatz 2 BGB	65
11. Wirtschaftlicher Ausgleich für Verlust des Gesellschaftsanteils	65
12. Zinsanspruch auf Einzelforderungen	65
13. Zwischenergebnis	66
II. Ausnahmen von der Durchsetzungssperre	67
1. Mindestbetrag einer Forderung steht bereits vor Erstellung der Auseinandersetzungsrechnung fest	67
a) Grundsatz	67
b) Notwendige Sicherheit bezüglich des bereits feststehenden Mindestbetrages	69
c) Feststellung der erforderlichen Sicherheit des feststehenden Mindestanspruchs durch vorläufige Auseinandersetzungsrechnung	70
2. Drittgläubigeransprüche	71
3. Besonders einfache wirtschaftliche Situation der Gesellschaft	71
a) Argument: Einfache Verhältnisse, kein Abrechnungsverfahren erforderlich	72
b) Argument: Anspruch des Gesellschafters lässt sich vor Abrechnung ermitteln	72
c) Argument: Zulässige Vorwegnahme der Auseinandersetzung	73
d) Argument: Eingeklagte Forderung ist gleichzeitig letzte streitige Verbindlichkeit der Gesellschaft	73
e) Argument: Verteilung des letzten Aktivpostens der Gesellschaft	74
f) Argument: Kein zu liquidierendes Gesellschaftsvermögen	75
g) Argument: Offene Forderungen der Gesellschaft gegen Dritte zwar vorhanden, aber wahrscheinlich nicht werthaltig	76
h) Argument: Anspruch kann durch vorläufige Schlussrechnung belegt werden	77
4. Besondere rechtliche Situation in der Gesellschaft	77
a) Argument: Sinn und Zweck der gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen ergeben, dass Anspruch auch bei Auflösung selbständig einzufordern ist	77

b) Argument: Beklagter Gesellschafter meldet keine Gegenforderung an	79
c) Argument: Gesellschaftsvertraglicher Ausschluss der Verlustbeteiligung eines Gesellschafters	79
5. Persönliches Verhalten der Beteiligten	80
a) Argument: Absichtliche bzw. schuldhafte Verzögerung der Liquidation	80
b) Argument: Verletzung der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht	81
c) Argument: Berufen auf Durchsetzungssperre im Prozess treuwidrig	81
d) Argument: Gesellschafter macht sich wesentlichen Teil des Gesellschaftsvermögens ohne Gegenleistung zu Nutze	82
6. Zwischenergebnis	82
 Drittes Kapitel: Dogmatische Herleitung der Durchsetzungssperre	84
I. Gesetzliche Regelungen des BGB zur Liquidation von Gesellschaften	84
1. Einleitung	84
2. Erster Schritt der Liquidation: Rückgabe von Gegenständen an die Gesellschafter, § 732 Satz 1 BGB	85
3. Zweiter Schritt der Liquidation: Berichtigung der Gesellschaftsschulden, § 733 Absatz 1 BGB	86
4. Dritter Schritt der Liquidation: Rückerstattung der Einlagen an die Gesellschafter, § 733 Absatz 2 BGB	87
5. Vierter Schritt der Liquidation: Verteilung des Überschusses an die Gesellschafter, § 734 BGB	88
6. Fünfter Schritt der Liquidation: Geltendmachung von Nachschussansprüchen, § 735 BGB	89
7. Auseinandersetzung bei Ausscheiden eines Gesellschafters unter Fortbestand der Gesellschaft im Übrigen, §§ 738-740 BGB	91
8. Durchsetzungssperre nicht im Wortlaut der §§ 732 ff. BGB normiert	91
II. Spezialgesetzliche Regelungen des HGB zur Liquidation von Personenhandelsgesellschaften	94
1. Einleitung	94
2. Die Liquidation gemäß § 145 HGB	95
3. Grundsätzliches Liquidationsverfahren, § 149 HGB	95
4. Liquidationsbilanz gemäß § 154 HGB	96

5. Verteilung des Gesellschaftsvermögens an die Gesellschafter, § 155 HGB	97
a) Schlussverteilung gemäß § 155 Absatz 1 HGB	98
b) Vorläufige Verteilung des Gesellschaftsvermögens, § 155 Absatz 2 HGB	99
6. Durchsetzungssperre nicht im Wortlaut der §§ 145 ff. HGB normiert	101
III. Meinungsstand zu möglichen Rechtsgrundlagen	104
1. Durchsetzungssperre als Kontokorrent gemäß §§ 355 f. HGB	104
a) Mögliche Parteien des Kontokorrents	104
b) Geschäftsverbindung der beteiligten Parteien	105
c) Kontokorrentvereinbarung	106
aa) Vertragliche Vereinbarung des Kontokorrents	106
bb) Umfang der Kontokorrentabrede	107
cc) Kündigungsmöglichkeit des Kontokorrents	108
dd) Dauerhaftigkeit und Periodizität des Kontokorrents	109
d) Stellungnahme: Keine dogmatische Herleitung des Anwendungsbereichs der Durchsetzungssperre aus §§ 355 f. HGB	110
2. Durchsetzungssperre als Aufrechnung, §§ 387 ff. BGB	111
3. Durchsetzungssperre als Stundungsverabredung gemäß § 271 Absatz 2 BGB	111
4. Durchsetzungssperre als Zurückbehaltungsrecht	112
5. Gesellschaftsverhältnis allein als Grundlage für die Durchsetzungssperre	113
a) Gesellschaftsverhältnis allgemein	113
b) § 707 BGB als Grundlage der Durchsetzungssperre	114
c) Gesellschaftsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	115
d) Herleitung aus allgemeiner Reduktion von Rechten und Pflichten des Gesellschaftsverhältnisses in der Liquidation	116
6. Herleitung der Durchsetzungssperre aus dem Gebot von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB	117
a) Allgemeine Herleitung aus § 242 BGB	117
b) Dolo agit, qui petit, quod (statim) redditurus est	118
7. Durchsetzungssperre als Rechtsinstitut sui generis	120
8. Teleologische Reduktion der § 733 Absatz 1 BGB und § 149 HGB	120

IV. Eigener Ansatz: Analoge Anwendung von § 155 Absatz 1 HGB iVm § 735 Satz 1 BGB als dogmatische Grundlage der Durchsetzungssperre	121
1. Vorteile der Heranziehung von § 155 Absatz 1 HGB iVm § 735 Satz 1 BGB als Grundlage für die Durchsetzungssperre	121
2. Heranziehung von § 155 Absatz 1 HGB iVm § 735 Satz 1 BGB bei Personenhandelsgesellschaften	121
3. Heranziehung der § 155 Absatz 1 HGB iVm § 735 Satz 1 BGB bei Gesellschaften bürgerlichen Rechts	123
Viertes Kapitel: Sinn und Zweck der Durchsetzungssperre	125
I. Hauptargument: Vermeidung der Gefahr von sogenannten Hin- und Herzählungen	125
1. Meinungsstand	125
2. Stellungnahme	126
II. Einheitlichkeit der Auseinandersetzung	127
1. Meinungsstand	127
2. Stellungnahme	128
III. Vereinfachung der Auseinandersetzung	129
IV. Gläubigerschutz als Zweck der Durchsetzungssperre?	130
1. Gläubigerschutzbefürwortende Auffassung	130
2. Gläubigerschutzablehnende Auffassung	132
3. Stellungnahme	134
a) Grundsatz	134
b) Ausnahmsweise Gläubigerschutz bei ‚Kapitalgesellschaft & Co.‘	136
c) Ausnahmsweise Gläubigerschutz bei Insolvenz und Kündigung durch Pfändungsgläubiger	137
V. Gesellschafterschutz	138
VI. Zwischenergebnis	140
Fünftes Kapitel: Anwendungsbereich der Durchsetzungssperre	142
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Durchsetzungssperre	142
1. Relevante Gesellschaftsformen für die Durchsetzungssperre	142
a) Allgemein: Personengesellschaften	142
b) Zwei-Personengesellschaften	143
c) Innengesellschaften	144
d) Stille Gesellschaften	145

2. Die Durchsetzungssperre auslösende Ereignisse	147
a) Durchsetzungssperre nach Auflösung der Gesellschaft	147
b) Durchsetzungssperre nach Ausscheiden eines Gesellschafters und Fortsetzung der Gesellschaft im Übrigen	148
aa) Ausscheiden eines Gesellschafters verbunden mit Anwachsung	148
bb) Keine Durchsetzungssperre ohne Anwachsung des Gesellschaftsanteils	150
c) Auflösung bzw. Ausscheiden nach Anwendung der Lehre vom fehlerhaften Verband bzw. fehlerhaften Beitritt zu einer Gesellschaft	151
3. Zwischenergebnis	153
II. Persönlicher Anwendungsbereich – notwendige Parteien des Rechtsstreits	154
1. Gesellschaft auf der Aktivseite, Gesellschafter auf der Passivseite	154
2. Gesellschafter auf der Aktiv-, Gesellschaft auf der Passivseite	155
3. Gesellschafter auf der Aktiv- und Passivseite	156
a) Herkömmliche Auffassung: Eingreifen der Durchsetzungssperre	156
b) Richtige Ansicht: Keine Anwendung der Durchsetzungssperre, sofern ein Gesellschafter eigene Ansprüche gegen einen anderen Gesellschafter geltend macht	159
4. Ausnahmsweise: Gesellschaftsfremde Dritte als Partei	160
a) Gesellschafter auf der Aktivseite, Bürge auf der Passivseite	160
b) Insolvenzverwalter eines Gesellschafters auf der Aktivseite, Gesellschaft auf der Passivseite	161
c) Zessionar auf der Aktiv-, Gesellschaft oder Gesellschafter auf der Passivseite	163
d) Pfändungspfandgläubiger des Gesellschafters auf der Aktiv-, Gesellschaft auf der Passivseite	163
e) Treugeber	163
5. Zwischenergebnis	164
III. Zeitlicher Anwendungsbereich der Durchsetzungssperre	164
1. Vor Auflösung bzw. Ausscheiden entstandene Ansprüche	164
2. Nach Auflösung bzw. Ausscheiden entstandene Ansprüche	166
a) Ansicht der Rechtsprechung sowie Teilen der Literatur	166
b) Stellungnahme	166
3. Ausnahme: Auflösung bzw. Ausscheiden wegen Insolvenz	168
4. Zwischenergebnis	168

IV. Definition der Ansprüche, die der Durchsetzungssperre unterfallen	168
1. Beschränkung auf Zahlungsansprüche	169
2. Beschränkung auf gesellschaftsvertragliche Zahlungsansprüche	170
3. Keine Durchsetzungssperre bei Drittgläubigeranspruch	173
a) Definition der Drittgläubigeransprüche	173
b) Beispiele für Drittgläubigeransprüche	174
aa) Typische Austauschverträge	174
bb) Ansprüche aus Abtretung	175
cc) Ansprüche aus gesetzlichen Schuldverhältnissen	175
dd) Anspruch aus Einbringungsvertrag kein Drittgläubigeranspruch	176
ee) Anspruch aus vorvertraglicher Pflichtverletzung kein Drittgläubigeranspruch	176
c) Behandlung von Drittgläubigeransprüchen	177
4. Anspruchskonkurrenz von Drittgläubigeranspruch und gesellschaftsvertraglichem Anspruch	179
5. Zwischenergebnis	179
V. Ausnahmen von der Durchsetzungssperre	180
1. Besondere wirtschaftliche Situation	180
a) Feststehender Mindestbetrag	180
b) Weitere von der Rechtsprechung anerkannte Ausnahmen aufgrund besonderer (einfacher) wirtschaftlicher Lage der Gesellschaft	182
c) Anspruch auf Beteiligung an schwebenden Geschäften, § 740 BGB	184
2. Ausnahmen aufgrund besonderer – vom gesetzlichen Leitbild abweichender – rechtlicher Situation	184
3. Besonderes persönliches Verhalten der Beteiligten	186
VI. Ergebnis	186
Sechstes Kapitel: Materiellrechtliche Folgen der Durchsetzungssperre	188
I. Herkömmliche Auffassung zu den Rechtsfolgen der Durchsetzungs- sperre	188
II. Zeitpunkt der Entstehung des Auseinandersetzungsanspruchs	189
1. Abschluss des Gesellschaftsvertrages	189
2. Auflösung der Gesellschaft bzw. Ausscheiden eines Gesellschafters	190

3. Feststellung oder Aufstellung der Auseinandersetzungsrechnung?	191
a) Auseinandersetzungsrechnung als Liquidationsschlussbilanz iSv § 154 HGB	192
aa) Bei Auflösung der Gesellschaft	192
bb) Bei Ausscheiden eines Gesellschafters	194
b) Terminologische Abgrenzung von Aufstellung und Feststellung der Auseinandersetzungsrechnung	195
c) Entstehung des Auseinandersetzungsanspruchs durch Feststellung der Auseinandersetzungsrechnung	197
d) Entstehung des Auseinandersetzungsanspruchs durch Aufstellung der Auseinandersetzungsrechnung	199
4. Zwischenergebnis	200
III. Zeitpunkt der Fälligkeit des Auseinandersetzungsanspruchs	201
1. Fälligkeit mit Ausscheiden bzw. Auflösung	201
2. Fälligkeit mit Feststellung der Auseinandersetzungsrechnung	202
3. Fälligkeit mit Ausscheiden bzw. Auflösung zuzüglich fiktiv benötigter Zeit für Aufstellung der Auseinandersetzungsrechnung	203
4. Fälligkeit mit Aufstellung der Auseinandersetzungsrechnung	204
5. Sonderfall: Fälligkeit eines feststehenden Mindestanspruchs	205
6. Zwischenergebnis	206
IV. Zinsanspruch auf den Auseinandersetzungsanspruch	206
V. Schicksal der von der Durchsetzungssperre erfassten Einzelansprüche	207
1. Einleitung	207
2. Untergehen der Einzelansprüche mit Eingreifen der Durchsetzungssperre	208
3. Untergehen der Einzelansprüche mit Aufstellung der Auseinandersetzungsrechnung, soweit sie sich decken	209
4. Untergehen der nach Aufstellung im Auseinandersetzungssaldo enthaltenen Einzelansprüche mit Feststellung der Auseinandersetzungsrechnung?	210
5. Endgültiger Untergang der im Saldo enthaltenen Einzelforderungen erst bei Erfüllung des Saldos	211
6. Sondersituation: Von Durchsetzungssperre erfasste Einzelforderung war bereits vor Auflösung bzw. Ausscheiden an Dritten abgetreten	212
7. Zwischenergebnis	213
VI. Weitere Folgerungen aus dem Schicksal der Einzelforderungen	214
1. Erfüllbarkeit der erfassten Einzelforderungen	214
2. Verzug hinsichtlich der erfassten Einzelforderungen	214
3. Abtretbarkeit der Einzelforderungen	215

4. Aufrechenbarkeit der Einzelforderungen	217
5. Pfändbarkeit der Einzelforderungen	218
6. Verjährung der Einzelforderungen	219
7. Schicksal der Sicherheiten der Einzelforderungen	221
a) Rechtliche Grundlage der Haftung aus bestellten Sicherheiten	221
b) Höhe der Haftung aus bestellten Sicherheiten	223
Siebttes Kapitel: Rechtsnatur der Durchsetzungssperre	225
I. Einleitung	225
II. Einstufung der Durchsetzungssperre als Einwendung	226
Achtes Kapitel: Prozessuale Rechtsfolgen der Durchsetzungssperre	230
I. Durchsetzungssperre als Aspekt der Zulässigkeit oder Begründetheit der Klage?	230
1. Meinungsstand	230
2. Stellungnahme	231
II. Prozessuale Möglichkeiten der Beteiligten während des Eingreifens der Durchsetzungssperre	232
1. Erhebung einer Feststellungsklage	232
a) Erhebung einer Feststellungsklage auf Einstellung einer Einzelforderung in die Auseinandersetzungsrechnung	232
b) Erhebung einer negativen Feststellungsklage	235
c) Mögliche Umdeutung einer Zahlungsklage in einen Feststellungsantrag	235
d) Keine Feststellungsklage auf Aufstellung einer Auseinandersetzungsrechnung	238
e) Keine Feststellungsklage dahingehend, dass einem Beteiligten kein oder nur ein bestimmter Betrag zusteht	239
2. Alternativen zur Feststellungsklage	239
a) Erhebung einer Zahlungsklage auf Auseinandersetzungsguthaben	239
b) Keine Klage auf Zustimmung zur Auseinandersetzungsrechnung	240
c) Keine Klage auf Mitwirkung an Auseinandersetzung	241
3. Zwischenergebnis	242
III. Darlegungs- und Beweislast für die Voraussetzungen der geltend gemachten Ansprüche	243
1. Geltendmachung von Ansprüchen zu Gunsten der Gesellschaft wegen Erforderlichkeit in der Liquidation	243

2. Geltendmachung von Ansprüchen wegen Ausgleichs der Gesellschafter	246
3. Feststellungsantrag auf Einstellung von Ansprüchen in die Auseinandersetzungsbuchrechnung	247
4. Geltendmachung eines ‚feststehenden Mindestanspruchs‘ zu Gunsten des Gesellschafters	248
5. Eingreifen der Durchsetzungssperre	248
6. Auseinandersetzungsguthaben bzw. Nachschusspflicht	249
7. Zwischenergebnis	249
 Neuntes Kapitel: Schluss	 250
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	250
 Literaturverzeichnis	 263
Stichwortverzeichnis	277